

In diesem Zusammenhang tauchte die Frage auf, ob die Menschen, die sich mit Eingaben an die staatlichen Organe wenden, nicht vorwiegend Kritiker sind, die nur persönliche Belange im Sinne haben. Solche Vorbehalte behindern natürlich eine richtige Bearbeitung von Eingaben. Im Grunde genommen geht es dabei um die Einstellung der Mitarbeiter zur Arbeit mit den Menschen, die in den Beschlüssen der Partei immer wieder als das wichtigste in der staatlichen Leitungstätigkeit bezeichnet wird. Damit mußte sich die Parteiorganisation auseinandersetzen. Es war notwendig, darüber zu sprechen, daß Eingaben eine Form des Mitregierens der Bevölkerung sind, eine wichtige Voraussetzung für die Erfüllung der staatlichen Aufgaben überhaupt. Daran ändert sich auch nichts, wenn Bürger dabei sind, die sich mit unbegründeten oder unberechtigten Forderungen an die staatlichen Organe wenden.

Schließlich konnte an Hand der eigenen Erfahrungen nachgewiesen werden, daß sich aus den Eingaben viele gute Hinweise für die Entscheidungen der Volksvertretung und des Rates auf dem Gebiet des Handels und der Versorgung ergeben, daß sie eine gute Quelle der Information, ein Weg zur Erschließung von Reserven und eine sehr nützliche und notwendige Kontrolle von unten sind.

Eingaben an Ort und Stelle bearbeiten

In der Berichtswahlversammlung wurde auch darüber diskutiert, wie Eingaben zu bearbeiten sind. Die eigenen Erfahrungen hatten eigentlich schon die Antwort auf diese Frage gegeben. Bearbeitung an Ort und Stelle ist die beste und schnellste Methode, auch wenn sie viel Zeit kostet. Die Mitarbeiter lernen dabei die Menschen kennen, die sich vertrauensvoll

an den Rat des Kreises wandten. Sie können viel besser sagen, was in den einzelnen Fällen oder in bezug auf das Problem im Kreis oder in den Städten und Gemeinden getan werden muß.

Aus Oberlichtenau gab es eine Eingabe, die sich gegen die Schließung einer Verkaufsstelle des Konsums richtete. In dieser Angelegenheit konnte ein Mitarbeiter des Rates des Kreises gemeinsam mit dem Abgeordneten, dem Bürgermeister, Vertretern des Konsumverbandes, dem LPG-Vorsitzenden und dem Verkaufspersonal für die Wiedereröffnung der Verkaufsstelle sorgen. Hier war vom Konsum ohne Beratung mit den gesellschaftlichen Kräften und der Bevölkerung eine einseitige, nur von ökonomischen Überlegungen diktierte Entscheidung getroffen worden.

In der Parteigruppe Handel und Versorgung wurde auch über die Verantwortung aller Mitarbeiter für die Arbeit in den Städten und Gemeinden gesprochen. Es wurde herausgearbeitet, daß diese Verbindung nach unten Bestandteil der wissenschaftlichen Leitung, der sozialistischen Demokratie ist.

In dieser Berichtswahlversammlung wurden die Genossen verpflichtet, dafür zu sorgen, daß künftig alle Mitarbeiter zweimal im Monat die Bürgermeister und Mitarbeiter der Räte bei der Bearbeitung der Eingaben beraten. Sie sollen ihnen Hilfe gewähren bei der Entwicklung ihrer Zusammenarbeit mit den Handels- und Produktionsbetrieben und mit der Bevölkerung. Wenn durch diese Hilfe eine bessere Leitungstätigkeit der Städte und Gemeinden im Bereich Handel gesichert wird, dann wird es auch weniger Eingaben geben.

Heinz Ulbricht
Parteisekretär beim Rat des
Kreises Karl-Marx-Stadt

nsAnn« msams'sssmemm

acem



Die Parteimitglieder Hans Brückner, Hans Meyer, Paul Hochmuth und Ilse Meyer (v. l. n. r.) gehören zu den aktivsten Genossen der APO 3 des VEB Zwickauer Kammgarnspinnerei. Ihre Sorge gilt besonders der Gewinnung und Förderung junger Kandidaten für die Partei. Außerdem wollen sie bis zum VIII. Parteitag neue Abonnenten für die Parteipresse und Parteiliteratur gewinnen.

Foto: Blechschmidt